

e-Letter Ausbildung September 2013



- [:1] Intro
- [:2] - [:6] Special zu Bundestagswahl:
Interviews zum Wahlkampfthema „Bildung“
mit den Bundestagsabgeordneten aus Bonn
und dem Rhein-Sieg-Kreis
- [:7] Tipps & Termine
- [:7] Impressum

(c) Deutscher Bundestag / Stephan Erfurt



Jürgen Hindenberg
Geschäftsführer
Aus- und Weiterbildung
IHK Bonn/Rhein-Sieg

Liebe Leserinnen und Leser,

in circa zwei Wochen steht die Bundestagswahl an. Die heiße Phase des Wahlkampfes hat begonnen. Deshalb hat die IHK Bonn/Rhein-Sieg die Bundestagsabgeordneten aus der Region zu dem wichtigen Thema Bildung befragt.

Das duale Ausbildungssystem ist in aller Munde. Der Fachkräftemangel droht. Auf der einen Seite sind da zahlreiche Jugendliche mit fehlender Eingangsqualifikation für Ausbildung, Studienabbrecher ohne Ausbildung, Arbeitnehmer, die im Ausland angeworben werden müssen – auf der anderen Seite Tausende von Arbeitsstellen, die besetzt werden müssen.

Allein in der Region Bonn-Rhein-Sieg haben wir zum 1. September 2.836 neue Auszubildende. Außerdem haben wir noch 1.081 unbesetzte Ausbildungsstellen – das ist eine Zunahme von 30,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Demgegenüber stehen nur noch 833 unversorgte Bewerber.

Daher haben wir die Bundestagsabgeordneten aus der Region gefragt: Wie wollen Sie dieses bildungspolitische Problem angehen? Bleibt das duale System, wie es heute ist? Oder was erwartet uns in den Betrieben?

Lesen Sie in dieser Sonderausgabe des „e-Letters Ausbildung“ zur Bundestagswahl die Antworten der Abgeordneten aller Parteien, die derzeit unsere Region im Deutschen Bundestag vertreten. Bilden Sie sich Ihre Meinung und gehen Sie am 22. September zur Wahl.

Ihr



Jürgen Hindenberg



Wahlaussagen der Parteien zur Bildung

Am Sonntag, den 22. September 2013, ist Bundestagswahl. Alle Parteien sehen in ihren Wahlprogrammen Handlungsbedarf beim Thema Bildung.

Die IHK Bonn/Rhein-Sieg hat die Bundestagsabgeordneten aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis zu ihren Vorstellungen befragt.

Im Interview:



Katja Dörner, Bonn
Bündnis 90/Die Grünen



Ulrich Kelber, Bonn
SPD



Dr. Norbert Röttgen, RSK
CDU



Paul Schäfer, Bonn
DIE LINKE



Peer Steinbrück, Bonn
SPD



Dr. Guido Westerwelle, Bonn
FDP



Elisabeth Winkelmeier-Becker,
RSK, CDU

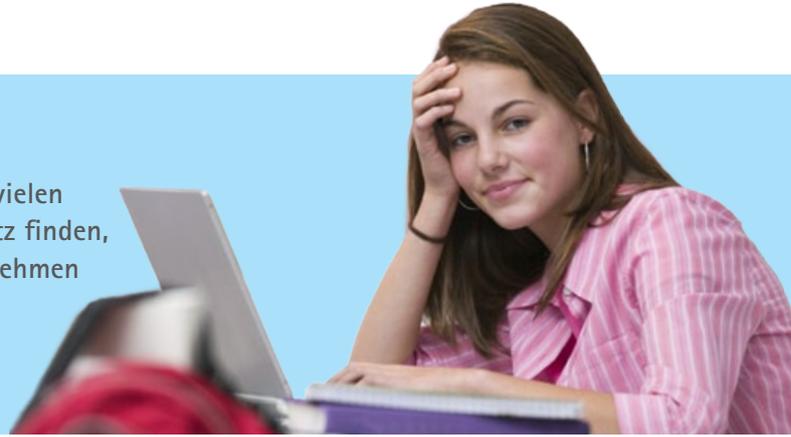
Duales System **Ausbildungsplatzgarantie**
Ausbildungsplatzabgabe **Studienabbrecher** Weiterbildung
Nationaler Pakt für Ausbildung und Beschäftigung
Arbeitslosigkeit **BAföG** Durchlässigkeit **Fachkräfte**



e-Letter Ausbildung:

In der politischen Diskussion stehen die vielen Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, und die zunehmenden Klagen der Unternehmen über unbesetzte Ausbildungsplätze.

Wie wollen Sie das Dilemma lösen?



Katja Dörner:

Wir wollen endlich notwendige Strukturreformen zur Modernisierung und Öffnung der beruflichen Bildung umsetzen, um die wenig effizienten Maßnahmen des bisherigen Übergangssystems in eine effektive Förderung zu überführen. Mit unserem Modell „DualPlus“ soll die betriebliche Ausbildung konjunkturunabhängiger gemacht, individuelle Lern- und Ausbildungspfade ermöglicht und Ausbildungsbetriebe besser unterstützt werden.

Ulrich Kelber:

Für die SPD bildet die duale Ausbildung eine leistungsfähige und tragende, zu akademischen Bildungswegen gleichwertige Säule der Fachkräfteausbildung in Deutschland. Auf diese Stärke der dualen Ausbildung wollen wir weiter bauen.

Wir wollen jungen Menschen einen reibungslosen Start in ihren Lebensweg ermöglichen. Mit einer Berufsausbildungsgarantie wollen wir jedem jungen Menschen eine klare und vollwertige Qualifizierungsperspektive geben und setzen dabei zuallererst auf eine Stärkung der betrieblichen Ausbildungsplätze. Wir werden mit der Bündelung und Intensivierung der zahlreichen Beratungsangebote und gemeinsam mit den Berufsschulen den Einstieg in Ausbildung erleichtern und den Übergang in die duale Berufsausbildung fördern. Die IHK Bonn/Rhein-Sieg engagiert sich ja gerade in diesem Bereich ebenfalls sehr stark.

Dr. Norbert Röttgen:

Der wichtigste Schlüssel liegt aus meiner Sicht in der Bildungspolitik. Unser Ziel muss sein, dass durch eine optimale individuelle Förderung mög-

lichst jeder Jugendliche einen Schulabschluss erreicht, der ihn qualifiziert, eine Ausbildung beginnen und erfolgreich absolvieren zu können. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft von hoher Bedeutung. Der Pakt für Ausbildung hat sich auch in der veränderten Lage auf dem Ausbildungsmarkt bewährt. Ende 2012 haben die Partner in einer gemeinsamen Erklärung Maßnahmen vereinbart, die dazu beitragen sollen, auch leistungsschwächere Jugendliche nach der Schule möglichst ohne Umwege in eine betriebliche Ausbildung zu integrieren.

Paul Schäfer:

Alle Maßnahmen, die zur besseren Qualifizierung und zu einem breiteren Ausbildungsangebot führen, sind meiner Ansicht nach grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings bin ich der Auffassung, dass freiwillige Verpflichtungen, wie sie im „Nationalen Pakt für Ausbildung und Beschäftigung“ von den beteiligten Seiten eingegangen werden, nicht ausreichen.

Die Partei DIE LINKE tritt gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine Ausbildungsplatzumlage ein. Alle Betriebe, die sich nicht an der Ausbildung junger Menschen beteiligen, sollen in einen Fonds einzahlen. Wer ausbildet, wird hieraus unterstützt. Damit soll ein auswahlfähiges Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen zur Verfügung gestellt werden, mit dem das Recht aller Jugendlichen auf eine qualifizierte Berufsausbildung verwirklicht werden kann.

Peer Steinbrück:

Jeder Jugendliche hat ein Recht auf Ausbildung. Wir dürfen uns nicht

einfach damit abfinden, dass jedes Jahr über 50.000 junge Menschen die Schule abbrechen und gleichzeitig über Fachkräftemangel geklagt wird. Mit unserer angestrebten Ausbildungsgarantie werden wir jedem jungen Menschen eine berufliche Perspektive geben. Zudem wollen wir das Nachholen eines Schulabschlusses finanziell unterstützen und mit branchenbezogenen Ausbildungsfonds das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze erhöhen.

Dr. Guido Westerwelle:

Deutschland liegt mit der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit an der Spitze der Europäischen Union. Kein vergleichbares Land ist besser aus der Krise gekommen. Das zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Dennoch ist jeder Jugendliche, der keine Ausbildungsstelle findet, einer zu viel. Die Freien Demokraten und ich ganz persönlich setzen deshalb auch weiterhin auf eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Sie ist die Grundlage für die deutschen Erfolge der vergangenen vier Jahre. Nur wenn es unseren Unternehmen gut geht, sind die Jobs sicher und können neue Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Dafür brauchen wir vor allem einen starken Mittelstand. Er ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und stellt den Großteil aller Arbeits- und Ausbildungsplätze. Der Mittelstand und die Mittelschicht stehen deshalb im Zentrum unserer Politik.

Elisabeth Winkelmeier-Becker:

Zunächst muss man festhalten, dass Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa hat. Während die Quote in vielen europäischen Ländern zuletzt dramatisch gestiegen

ist, ist sie in Deutschland sogar noch gesunken. Ein Grund dafür ist neben der guten wirtschaftlichen Entwicklung unser betriebliches Ausbildungssystem; denn es vermittelt wie kein anderes Ausbildungssystem berufliche Handlungskompetenz.

Länder wie Spanien, Portugal und Italien wollen deshalb ihr Ausbildungssystem nach deutschen Vorbild umgestalten. Leider ist die Wertschätzung unseres dualen Systems im eigenen Land selbst am geringsten, deshalb streben immer mehr eine akademische Laufbahn an. Für die Betriebe wird es daher immer schwieriger, geeignete Auszubildende zu finden. Das diesbe-

zügliche Engagement in unserer Region durch die IHK Bonn/Rhein-Sieg möchte ich an dieser Stelle lobend erwähnen. Insgesamt haben aber zu viele – insbesondere aus unterschiedlichsten Gründen benachteiligte – Jugendliche noch zu geringe Chancen auf eine berufliche Bildung. Deshalb wollen wir eine Art Ausbildungsgarantie schaffen. Das bedeutet, dass jeder unversorgte Schulabgänger zukünftig innerhalb von drei Monaten ab Schulabschluss von der zuständigen ARGE ein seiner Ausbildungsreife entsprechendes Qualifizierungsangebot erhält. Weiterhin wollen wir die in dieser Wahlperiode begonnene Systematik der „Bildungsketten“ ausbauen. Durch

eine individuelle Potentialanalyse in der 8./9. Klasse kann der Übergang von der Schule in den Beruf verbessert werden und damit auch die Motivation, selber etwas aus seinem Leben machen zu wollen. Zudem wollen wir das Instrument der assistierten Ausbildung „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ ausbauen.

Gerade die frühzeitige Berufsorientierung und eine Perspektive nach dem Abschluss hat dafür gesorgt, dass die Quote der Schulabbrecher von fast 10 Prozent auf 5, 7 Prozent gesenkt werden konnte.



e-Letter Ausbildung:

Insbesondere die Jobcenter verzeichnen Millionen Menschen ohne Berufsabschluss. Haben Sie Vorschläge, wie hier Fachkräfte entwickelt werden sollten?



Katja Dörner:

Obwohl schon jetzt an allen Ecken und Enden die Fachkräfte fehlen, ist der Zugang zum Arbeitsmarkt für viele Menschen immer noch verschlossen. Wir wollen an die unterschiedlichen Fähigkeiten, Stärken und Qualifikationen dieser Menschen anknüpfen. Vor allem Geringqualifizierten, Alleinerziehenden, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen, Jüngeren und Älteren wollen wir neue Chancen eröffnen. Eine Arbeitsmarktpolitik, die diese Menschen wirksam und fair integriert, setzt auf passgenaue und individuelle Förderstrategien, bei denen auch erreichte Zwischenziele als Erfolge zählen. Unser Ziel sind nachhaltige Arbeitsmarktintegrationen und nicht kurzfristige statistische Effekte. Viele Arbeitslose haben kaum Aussichten auf einen neuen Job, weil sie nicht oder nicht mehr ausreichend qualifiziert sind. Ihnen wollen wir mit mehr Umschulungs- und Ausbildungsangeboten den Weg in Zukunftsberufe und Arbeitsfelder mit Personalmangel eröffnen.

Ulrich Kelber:

Die SPD will die Arbeitslosenversicherung wieder stärken und die finanziellen Mittel für aktive Arbeitsförderung auf hohem Niveau verstetigen, um jedem Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten ein passgenaues und zumutbares Angebot machen zu können. Dafür werden wir mittelfristig einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit Angeboten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung schaffen, der auch durch den Transfer von passiven in aktive Leistungen finanziert wird. Dabei wollen wir, dass eine adäquate sozialpädagogische Begleitung sowie Qualifizierungsmaßnahmen Bestandteil dieses Angebots sind.

Dr. Norbert Röttgen:

Vor wenigen Monaten haben das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Bundesagentur für Arbeit die gemeinsame Initiative „Erstausbildung junger Erwachsener“ ins Leben gerufen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und vor allem, um

jungen Menschen, die keinen Berufsabschluss haben, eine neue Perspektive zu eröffnen. Es gibt umfangreiche Förderprogramme für Maßnahmen, die zu einem qualifizierten Berufsabschluss führen, für Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Externenprüfung sowie für Qualifizierungen, die zu einer berufsabschlussfähigen Teilqualifikation führen. Diese Maßnahmen gilt es, weiter zu entwickeln und bedarfsgerecht auszubauen.

Aber vor allem gilt auch hier: Eine gute Schulbildung ist das beste Rüstzeug für den erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung.

Paul Schäfer:

Die Situation, die Sie ansprechen, hat ihre Ursache zuerst im Bildungssystem, das zu früh differenziert und Kinder, die aus sozial unterprivilegierten oder – wie man heute gern sagt – aus „bildungsfernen“ Schichten stammen, oft aussortiert und schon früh ohne wirkliche Perspektive lässt. Eine wichtige Maßnahme, um den

Fachkräftemangel zu beseitigen, ist daher der Zugang aller Kinder und Jugendlichen zu Schulbildung. Das kann nur über eine völlige Kostenfreiheit im Bildungswesen erreicht werden.

Menschen, die bisher von einer Ausbildung ausgeschlossen waren, müssen unterstützt werden, damit sie einen anerkannten Berufsabschluss erwerben können. Wir fordern daher ein Sofortprogramm, das die nötigen Rahmenbedingungen sowie die notwendigen Ressourcen bereitstellt.

Menschen, die ohne Berufsabschluss sind, muss von staatlicher Seite die Möglichkeit zu einer qualifizierten Weiterbildung geboten werden. Es reicht nicht – wie es von Seiten der Jobcenter oft geschieht – ein Bewerbungstraining anzubieten, Angebote zu Fort- und Weiterbildung auch im Erwachsenenalter müssen intensiviert werden und ausreichend finanziert werden.

Peer Steinbrück:

Die Lösung heißt „Mehr Bildung“. Rund zwei Millionen junge Erwachsene unter 35 haben keinen Berufsabschluss und bleiben fast ausschließlich in gering entlohnten Hilfstätigkeiten.

Deswegen brauchen wir ein Sofortprogramm, das Jugendlichen ohne Abschluss eine Berufsausbildung bietet. Jeder muss diese Chance aber auch nutzen können. Nicht das Elternhaus soll über Lebenschancen entscheiden, sondern Talent und persönliche Leistung.

Unser Ziel ist deshalb die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Deshalb wird eine von mir geführte Regierung schrittweise jährlich aufbauend 20 Milliarden Euro mehr für Bildung ausgeben.

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung für alle. Die Tarifpartner wollen wir unterstützen, tarifliche Weiterbildungsvereinbarungen zu treffen und mit Weiterbildungsfonds abzusichern.

Denjenigen Berufstätigen, die ihren beruflichen Aufstieg durch Lehrgänge oder ein Studium selbst in die Hand nehmen, wollen wir helfen, unabhängig von ihrem Alter oder bisherigem Bildungsstand. Das Aufstiegsstipendium für beruflich Qualifizierte wollen wir zu einem Förderanspruch für ein Studium ohne Abitur weiterentwickeln.

Dr. Guido Westerwelle:

Aus- und Weiterbildung eröffnen nicht nur lebenslang Entfaltungschancen, sie ermöglichen vor allem auch beruflichen Ein- und Aufstieg. Sie müssen sich deshalb vorrangig auf den ersten Arbeitsmarkt auswirken. Wir wollen Menschen Perspektiven geben, die eine zweite Chance benötigen. Das betrifft nicht nur Schüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen haben, sondern auch jene Menschen, die keine Berufsausbildung ergreifen konnten. Durch individuelle Angebote und die Möglichkeit des Nachholens eines anerkannten Berufsabschlusses wollen wir diese Menschen zielgerichtet für den Arbeitsmarkt qualifizieren. Dafür ist eine weitgehende Integration in Unternehmen bereits während der Qualifizierung notwendig. Damit sichern wir den Fachkräftebedarf und geben Menschen eine echte zweite Chance am Arbeitsmarkt.

Elisabeth Winkelmeier-Becker:

Alle, die noch keinen Berufsabschluss haben, sollen eine zweite Chance bekommen. Hier geht es auch um die große Zahl derjenigen, die unter der rot-grünen Regierung keinen Ausbildungsplatz bekommen haben und bis heute ohne Berufsabschluss sind.



e-Letter Ausbildung:

Es gibt nach wie vor Schwierigkeiten beim Übergang von der beruflichen zur akademischen Bildung.

Wie wollen Sie die Debatte führen?

Katja Dörner:

Übergänge zwischen beruflicher und akademischer Bildung müssen in beide Richtungen funktionieren. Zum einen wollen wir die Durchlässigkeit des Bildungssystems auch dadurch verbessern, dass junge Menschen, die nach einem Studienabbruch in die berufliche Bildung streben, ihre an einer Hochschule erbrachten Leistungen für die berufliche Aus-, Fort- und Wei-

terbildung anrechnen lassen können. Zudem werden wir die Hochschulen im Rahmen des Hochschulpaktes dabei unterstützen, die notwendigen Einführungs-Angebote für Studierende mit beruflicher Hochschulzugangsberechtigung flächendeckend und in guter Qualität bereitzuhalten. Darüber hinaus werden wir einen Beitrag zu einer weiterbildungsaktiven Gesellschaft leisten, indem wir

das lebenslange Lernen durch ein Gesetz über die Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung („Weiterbildungs-BAföG“) gezielt unterstützen. Damit soll sowohl die Finanzierung des Lebensunterhaltes während der Weiterbildungsphasen als auch eine Übernahme der Kosten zertifizierter Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sichergestellt werden.

Ulrich Kelber:

Die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte wollen wir weiter vorantreiben, indem wir die Hochschulen bei der Schaffung und dem Ausbau von Angeboten des Studiums ohne Abitur unterstützen. Die Universitäten müssen sich ohnehin weiter öffnen, weil immer mehr Studierende mit unterschiedlichen Bildungsbiographien, sozialen und kulturellen Hintergründen und Lebensentwürfen an die Hochschulen kommen – dem müssen die Hochschulen durch gezielte Angebote, aber auch durch eine bessere Durchlässigkeit gerecht werden.

Dr. Norbert Röttgen:

Wir wollen die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung weiter verbessern – und zwar in beide Richtungen. Erbrachte Leistungen aus dem Studium sollen in stärkerem Maße als bisher auf eine duale Berufsausbildung angerechnet werden können, gleiches gilt für im Beruf erworbene Qualifikationen bei der Aufnahme eines Studiums. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dass Vorkenntnisse zählen. Und im Zeichen des demografischen Wandels ist es auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft, dass wir entsprechende Möglichkeiten schaffen.

Paul Schäfer:

Die Schwierigkeiten, die Menschen haben, die sich nach einer Berufsausbildung für ein Studium entscheiden, liegen meiner Ansicht nach in der mangelnden Durchlässigkeit des Schulsystems. Ein erster Schritt um diesen Mangel zu beseitigen ist ein längeres gemeinsames Lernen, da dadurch Jugendliche, die im traditionellen dreigliedrigen Schulsystem bereits früh „aussortiert“ werden, die Möglichkeit haben die Weichen für ihren beruflichen Werdegang später zu stellen.

Darüber hinaus ist es sicher notwendig, die Hochschulstudiengänge für diejenigen zu öffnen, die über eine berufliche Ausbildung gemäß dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder eine vergleichbare Ausbildung verfügen. Auch hier spielt die finanzielle Ausstattung eine große Rolle. Ich halte es

von daher für wichtig, dass das BAföG wieder als Vollzuschuss gezahlt wird; es sollte wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten sofort um zehn Prozent erhöht und jährlich angepasst werden. Die Altersgrenzen gehören abgeschafft.

**Peer Steinbrück:**

Die Einstellung zur Ausbildung muss sich verändern. Wir haben es mit einem Fachkräftemangel in verschiedensten Bereichen zu tun. Gute Ausbildungsplätze sind eine wichtige Voraussetzung, um Deutschland weiter wirtschaftlich voranzubringen. Auch duale Studiengänge müssen wir stärker fördern. Die SPD sieht in der dualen Ausbildung eine leistungsfähige und tragende, zu akademischen Bildungswegen gleichwertige Säule der Fachkräfteausbildung in Deutschland. Auf diese Stärke der dualen Ausbildung bauen wir. Deshalb werden wir die Stellung der Ausbildung aufwerten.

Schon bei den Übergängen von der Schule in Ausbildung oder Studium in Beruf müssen junge Menschen immer wieder viele Hindernisse überwinden. Wir wollen deshalb eine Politik, die Fehler verzeiht und jungen Menschen die Chance gewährt, die sie brauchen, um ihren Weg zu finden. Ich als Kanzler werde mich für eine Kultur der „zweiten Chance“ in unserer Gesellschaft stark machen. Auch die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte muss weiter vorangetrieben werden.

Dr. Guido Westerwelle:

Mittlerweile ist in allen Bundesländern ein Studium ohne Abitur möglich. Das begrüße ich ausdrücklich. Der Zugang wird über die jeweilige Landeshoch-

schulgesetzgebung geregelt, die üblicherweise eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt. Meist sind es aber die begrenzten Studienplatzkapazitäten vor Ort, die verhindern, dass eine größere Zahl von Menschen ohne Abitur ein Studium aufnehmen kann. Diesem Problem wirken wir mit dem Hochschulpakt entgegen. Ebenso wichtig ist, dass der Bund so viel in Bildung und Forschung investiert wie noch nie zuvor. Während die Ausgaben im letzten Regierungsjahr von Rot-Grün gerade einmal bei etwas über 8 Mrd. Euro lagen, sind die Investitionen von uns in diesen Zukunftsbereich auf über 14 Mrd. Euro im Jahr gesteigert worden. Der Bund unterstützt mit dem „Hochschulpakt 2020“ den Ausbau der Studienplatzkapazitäten mit über 10,3 Mrd. Euro. Die Länder ergänzen die bereitgestellten Mittel um weitere 8,97 Mrd. Euro. Damit ist der Hochschulpakt eines der größten Bundesbildungsprogramme unserer Geschichte.

Elisabeth Winkelmeier-Becker:

In dieser Wahlperiode ist die rechtliche Durchlässigkeit zwischen der beruflichen und akademischen Bildung weitgehend hergestellt. Nach wie vor ist das BAföG das zentrale Förderinstrument. Hier brauchen wir neue Ansätze bei Übergang von der beruflichen zur akademischen Ausbildung, bei Teilzeitausbildung u. ä.

Aber auch für Studienabbrecher müssen wir neue Wege finden, in einen handwerklichen oder technischen Ausbildungsberuf zu kommen. Dazu müssen die im Studium erworbenen Leistungsnachweise bei einer Lehre besser anerkannt werden, hier müssen mehr Anreize her, auch mal den „umgekehrten Weg“ zu gehen. Leider hält sich offenbar ein Vorurteil, eine Lehre aufzunehmen bedeute gegenüber dem Studium einen beruflichen oder gesellschaftlichen Abstieg. Dem ist nicht so. Technische und handwerkliche Berufsabschlüsse bieten sogar oft mehr Aufstiegs- und Zukunftschancen als ein Studium.

Link des Monats

Seit 1. Juli gilt die neue Beschäftigungsverordnung, wonach die Zuwanderung von nicht-akademischen Fachkräften in Engpassberufen erleichtert wird. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat eine Positivliste der Engpassberufe festgelegt, in denen die Absolventen von Ausbildungsberufen aus Nicht-EU-Ländern Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt haben. Dies sind insbesondere technische und Gesundheitsberufe.



www.zav.de/positivliste

HIER KLICKEN!

„Ich rate, lieber
mehr zu können
als man macht,
als mehr zu machen
als man kann.“

Bertolt Brecht, deutscher Dramatiker und Lyriker
(1898 – 1956)

Tipps

Entschädigung für ehrenamtliche Prüfer wird erhöht

Das Zweite Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts ist zum 1. August in Kraft getreten. Damit wird das Gebühren- und Kostenrecht – einschließlich des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (JVEG) – geändert. Diverse Entschädigungszahlungen werden angehoben, z. B. die Entschädigung für Zeitversäumnis von fünf auf sechs Euro je Stunde. Die IHK wird die Prüferentschädigung im Bereich der Aus- und Weiterbildung entsprechend erhöhen.

Förderung beim Bildungsscheck wird vervierfacht

Mit dem „Bildungsscheck Nordrhein-Westfalen“ fördert die Landesregierung die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung. Der Zugang ist individuell (für Mitarbeiter in Unternehmen, die sich unabhängig vom Arbeitgeber weiterbilden wollen) oder betrieblich (für kleine und mittlere Unternehmen, die ihre Mitarbeiter weiterbilden und die Kosten dafür übernehmen wollen). Unter bestimmten Voraussetzungen steht der Bildungsscheck auch für Berufsrückkehrende sowie Existenzgründer (in den ersten fünf Jahren) zur Verfügung. Übernommen werden bis zu 50 Prozent der Kosten einer Weiterbildungsmaßnahme. Seit 1. September wird der Zuschuss vervierfacht: von bisher maximal 500 Euro auf 2000 Euro. Eine kostenlose Beratung zum Bildungsscheck bietet der Verein LerNet Bonn/Rhein-Sieg e. V.: www.lernet.de.

Impressum

Herausgeber (V.i.S.d.P.)

Industrie- und Handelskammer
Bonn/Rhein-Sieg
Michael Pieck
Bonner Talweg 17
53113 Bonn

Telefon 0228 2284-130
Telefax 0228 2284-124
pieck@bonn.ihk.de
www.jetzt-ausbilden.de

Redaktion:

Jürgen Hindenberg
Gertrud Auf der Mauer

Konzept/Realisation:

Patrick Schaab PR GmbH
Luisenstraße 88
53721 Siegburg

Telefon 02241 25288-0
Telefax 02241 25288 99
mail@schaab-pr.de
www.schaab-pr.de

Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, in den Verteiler aufgenommen werden wollen oder den „e-Letter“ abbestellen möchten, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
aufdermauer@bonn.ihk.de

Termine 2013

BITTE VORMERKEN!

- 19./20. September:** Vocatium Rhein-Sieg – Fachmesse für Ausbildung + Studium, 08:30 – 14:45 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg
- 26. September:** Berufsstarterbörse „Talente im Dialog“, Rhein-Sieg-Halle, Siegburg, 10:30 – 16:00 Uhr
- 12. Oktober:** 14. Rheinbacher Ausbildungsmesse, Alliance-Messegebäude, 10 – 15 Uhr
- 14. Oktober:** Bildungskongress der IHK NRW „Mehr aus Bildung machen“, CCD Congress Center Düsseldorf. Die Veranstaltung ist kostenlos. Anmeldung per E-Mail: bildungskongress@ihk-nrw.de, 14 – 18 Uhr
- 17. Oktober:** IHK-Forum Personalentwicklung „Rohdiamanten – ausländische Abschlüsse entdecken“, IHK Bonn/Rhein-Sieg, 18 – 20 Uhr
- 08./09. November:** Berufe live Rheinland, Messe Köln, 09 – 16 Uhr
- 18. November:** IHK-Forum-Personalentwicklung „Kommt der Pflege-Tsunami? – Die neue Herausforderung für Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, Steyler Missionare, Sankt Augustin, 19 – 21 Uhr

IHK-BILDUNGSKONGRESS
**„MEHR AUS
BILDUNG
MACHEN“**